



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 06.02.2009

ACHTUNG: GEÄNDERTER SITZUNGORT!!

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 12. Februar 2009, um 16:00 Uhr,
Hess. Landtag, Eingang Grabenstraße, Plenarsaal 1. Stock

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 11.12.2008
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **09-F-25-0015**

Kinder fördern, nicht Strukturen - Einführung von Kinderbetreuungsgutscheinen prüfen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 04.02.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, sich über die Einzelheiten des geplanten Modellprojekts des Landes zur Einführung von Betreuungsgutscheinen für unter Dreijährige zu informieren und den städtischen Gremien in ihren Märzsitzungen eine Magistratevorlage zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, ob sich die Landeshauptstadt Wiesbaden als Modellkommune bewerben soll.
2. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten zu prüfen, ob und inwieweit für die von der Stadt beitragsfrei zur Verfügung gestellten Betreuungsleistungen stadteigene Betreuungsgutscheine ausgegeben werden sollen.

5. 09-F-01-0015

Fehlverhalten der Baudezernentin Thies
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.02.2009 -

Der Presseberichterstattung vom 30.1.2009 war zu entnehmen, dass sich Dezernentin Rita Thies im Zusammenhang mit kritischen Nachfragen des Ortsvorstehers des Ortsbezirkes Südost zur Sanierung der Adalbert-Stifter-Schule in nicht hinnehmbarer Weise über den Ortsvorsteher geäußert hat.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest,

- dass die Aussagen des Ortsvorstehers zum Neubau der Adalbert-Stifter-Schule dem vom Magistrat vorgelegten und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Zeitplan entsprechen,
- dass von diesem Zeitplan abweichende Planungen weder dem zuständigen Ortsbeirat noch der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt worden sind,
- dass es Aufgabe des Magistrats ist, die Stadtverordnetenversammlung oder Ortsbeiräte über abzusehende Planänderungen zu informieren,
- dass weder Inhalt noch Form der öffentlichen Äußerungen der Dezernentin den Anforderungen an ein Magistratsmitglied gerecht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert das Verhalten der Dezernentin und missbilligt ihre öffentlichen Angriffe auf den Ortsvorsteher des Ortsbezirkes Südost.

6. 09-F-25-0016

Sonderinvestitionsprogramme im Sinne der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Schulen nutzen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.02.2009 -

Vorbemerkung

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen für den Schul- und Hochschulbau sowie das Bundesinvestitionsprogramm „Konjunkturpaket II“.

So können dringend notwendige Investitionen im Schulbereich zügig vorangebracht werden. Die Schwerpunkte liegen beim Neubau von Schulgebäuden, Sanierung und Unterhaltung von Schulgebäuden und der Verbesserung des Lernumfeldes.

Die Stadtverordnetenversammlung anerkennt und unterstützt die Anstrengungen des Magistrats innerhalb kürzester Zeit einen sinnvollen, umsetzbaren Maßnahmenkatalog zu erstellen. Die Landes- und Bundesfördermittel für die Stadt Wiesbaden sollen im Sinne der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit für unsere Schulen genutzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass es dem Magistrat gelingen wird, die im Zuge des Sonderinvestitionsprogramms des Landes für Wiesbaden vorgesehenen Mittel fristgerecht abzurufen, den finanziellen Eigenanteil der Stadt zu leisten sowie die einzelnen Maßnahmen in dem vom Land vorgegebenen Zeitrahmen umzusetzen.
2. Der Magistrat wird gebeten, die nachfolgend aufgeführten Projekte beim Land für das Sonderinvestitionsprojekt des Landes anzumelden:

"Sammeltöpfe"	
Energetische Maßnahmen an verschiedenen Schulen z.B. Fenster, Fassadendämmung, Dachdämmung, Heizung, etc.	4.500.000 €
Verbesserung der Ausstattung von Fachräumen	3.500.000 €
Beseitigung sicherheitstechnischer Mängel an verschiedenen Schulen	4.500.000 €
Beseitigung von Wassereintrüben an Schulen (Umsetzung der Vorlage)	5.830.000 €
Sanierungsmaßnahmen von Sporthallen, die intensiv für Schulsport genutzt werden	1.000.000 €
Toilettensanierungen	500.000 €

Einzelmaßnahmen	
IGS Jawlensky: Mensabau	3.000.000 €
Gutenbergschule: Mensaaerweiterung	1.100.000 €
Grundschule Bierstadt: Erweiterung, Aufgabe des 2. Standortes, Ersatzbau	2.200.000 €
Geschwister-Scholl-Schule: Sanierung und energetische Ertüchtigung der Pavillons und des Hauptgebäudes + Neubau für Betreuung	5.000.000 €
Ernst-Göbel-Schule: Ersatzneubau für marode Pavillons und Sanierung Altbau	3.000.000 €
Mosbacher Berg: Turnhalle	3.100.000 €
Schulze-Delitzsch-Schule: Sanierung des E-Gebäudes	4.000.000 €
Alle Schulen, für die keine Mittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm vorgesehen sind und die auch von anderen laufenden Investitionsmaßnahmen nicht profitieren, sollen 50.000 € aus den Konjunkturprogrammen für Investitionsmaßnahmen erhalten.	

3. Sollte sich im Zuge der Ausfertigung der Richtlinien für die Konjunkturprogramm ergeben, dass auch andere Bereiche berücksichtigt werden können, wird dies die Stadtverordnetenversammlung durch entsprechende Beschlussfassung sicherstellen.

7. 09-F-25-0014

Umsetzung Selbstständige Schule

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.02.2009 -

Die Stadt Wiesbaden möchte jeder Schule das Recht einräumen, zur „Selbstständigen Schule“ zu werden. Schulen sollen sich freiwillig und in Abstimmung mit dem Schulträger für mehr Eigenverantwortung entscheiden können. Den Schulen sollen mehr Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Für diesen Schritt soll je nach Bedarf die Rechtsfähigkeit oder Teilrechtsfähigkeit der Schulen eingeführt werden und ihnen entsprechend Budgethoheit sowie Personalverantwortung gegeben werden. Als Grundlage für den Weg in die Selbstständigkeit müssen die Voraussetzungen und die Ziele definiert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

- 1.) kurzfristig mit der Landesregierung die Einzelheiten des Konzeptes „Selbstständige Schule“ und des Verfahrens der Umsetzung zu klären.
- 2.) die Schulen der Landeshauptstadt Wiesbaden zu befragen, ob am Konzept „Selbstständige Schule“ grundsätzlich Interesse besteht.
- 3.) gemeinsam mit den Schulen die konkreten Zielvorgaben und Wünsche für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu definieren und dem Kultusministerium zu unterbreiten.
- 4.) in Absprache mit den Betroffenen geeignete Schulen auszusuchen, die in einem ersten Schritt in „Selbstständige Schulen“ überführt werden wollen.
- 5.) dem Ausschuss für Schule und Kultur über die Ergebnisse zu berichten, um auf dieser Grundlage – soweit rechtlich zulässig- eine Beschlussfassung der politischen Gremien über das weitere Vorgehen zu ermöglichen.

8. 09-F-04-0001

Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Konjunkturprogramme der Bundesregierung auf die Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 03.02.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Rechnet der Magistrat mit krisenbedingten Mindereinnahmen in den Jahren 2009 und 2010 und in welcher Höhe?
2. Rechnet der Magistrat mit steigenden Sozialausgaben und in welcher Höhe?
3. Beabsichtigt der Magistrat eigene schuldenfinanzierte Konjunkturstützungsmaßnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden.
4. Wie will der Magistrat sicherstellen, dass Bundesmittel aus Konjunkturprogrammen zügig und effektiv umgesetzt werden?
5. Wie hoch sind die Verluste aus Geldanlagen der Landeshauptstadt Wiesbaden durch Geldanlagen bei US- Banken?

9. 09-F-07-0006

Einhaltung der Denkmalschutzgesetze

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 19.01.2009 -

Das Hessische Denkmalschutzgesetz sowie die Verwaltungsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Landesamt für Denkmalpflege machen Vorgaben u.a. für den Umgang mit geschützten Einzeldenkmälern wie z.B. den historischen Parkanlagen und Plätzen. Das Genehmigungsverfahren ist klar geregelt und erfordert einen schriftlichen Antrag und eine Zustimmung in schriftlicher Form. Der Magistrat ist nicht allein zuständig, das Landesamt darf nicht übergangen werden.

In der letzten Zeit hat es mehrere Fälle gegeben, in denen von seiten der Landeshauptstadt Wiesbaden die denkmalschützerischen Bestimmungen nicht eingehalten wurden. Genehmigungen wurden nicht in der vorgeschriebenen Form, zu spät oder gar nicht eingeholt. Für den BMW-Pavillon z.B. hat der Landeskonservator keine Zustimmung gegeben. Von den Bürgern der Kommune wird verlangt, daß sie sich strikt an die Gesetze halten, dies sollte deshalb auch für die Verwaltung eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- 1) Angaben dazu zu machen, wie er in Zukunft die Denkmalschutzgesetze und die Verwaltungsvereinbarung besonders auch im Bereich Kurbetriebe umzusetzen gedenkt;
- 2) dafür zu sorgen, daß in der Verwaltungspraxis die denkmalschützerischen Vorgaben automatisch mit berücksichtigt werden.

10. 09-F-06-0007

Gegen die Verbreitung von neonazistischem Gedankengut in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 04.02.2009 -

In den letzten Monaten wurde bekannt, dass die Betreiber der umstrittenen Modemarke "Thor Steinar" sich um Verkaufsflächen (zwischen 80 und 100 m²) in allen Landeshauptstädten bemühen. In mehreren Großstädten (z.B. Berlin, Hamburg, Leipzig und Magdeburg) wurden "Thor-Steinar-Läden" nach Protesten antifaschistischer Gruppen und anderen Bürgerinnen und Bürger sowie juristischen Auseinandersetzungen geschlossen. Gegen eine weitere "Thor-Steinar-Filiale" in Berlin läuft derzeit eine Räumungsklage vor dem Berliner Landgericht. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, "Vielfalt tut gut" und anderen wurden Aufklärungsbroschüren zu Charakter und Bedeutung von "Thor Steinar" herausgegeben.

Durch Präventivmaßnahmen könnte verhindert werden, dass sich "Thor-Steinar-Läden" etablieren und erst nach längeren Auseinandersetzungen wieder geschlossen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden lehnt jegliche Förderung neonazistischen Gedankenguts ganz entschieden ab und wird alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um die Etablierung von Firmen, die neonazistisches Gedankengut und entsprechende Handlungen fördern, im Stadtgebiet zu verhindern.

Der Magistrat wird gebeten eine Empfehlung zu erarbeiten, die zum Ziel hat, dass mit den Firmen Mediatex GmbH und Protex GmbH keinerlei Vertragsverbindungen eingegangen werden. Die Empfehlung soll breit publiziert werden, insbesondere an Eigentümer von Gewerbeflächen und Immobilienmakler.

11. 09-V-10-0005

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Gremien; HIER: Aufsichtsräte Kurhaus Wiesbaden GmbH und Wiesbaden Marketing GmbH - Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern

12. 09-F-01-0012

Schienenverbindungen stärken - Autobahn ausbauen: Wiesbaden verkehrspolitisch
voranbringen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2009 -

Vorbemerkung

Eine vorausschauende Verkehrspolitik, die Straße und Schiene, öffentlichen Personennahverkehr und motorisierten Individualverkehr intelligent miteinander verbindet, ist aus ökologischen, ökonomischen und Aspekten der Stadtentwicklung geboten.

Dabei ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer besseren ÖPNV-Anbindung und einem klugen und weitsichtigen Ausbau der Autobahn zwischen dem hochfrequentierten Schiersteiner Kreuz und dem Beginn der dreispurigen Strecke an der Anschlussstelle Wiesbaden-Erbenheim zu achten.

Beschlusslage

Mit Beschluss Nr. 0317 vom 12. Juni 2008 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat gebeten, das Projekt „Wallauer Spange“ voranzutreiben und in diesem Zusammenhang eine Verkehrswertuntersuchung zu veranlassen sowie mit allen Beteiligten Verhandlungen hinsichtlich der Umsetzung der Finanzierung aufzunehmen.

Gleichfalls hat der Ausschuss Bau, Planung und Verkehr am 4. November 2008 den Magistrat um einen schriftlichen Bericht - unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Aartalkonferenz am 11.11.2008 und unter Einbeziehung der naturschutzrechtlichen Belange - gebeten, der den Sachstand zur Reaktivierung der Aartalbahn zusammenfasst.

Auch Planungen für eine Schienenverbindung zwischen Wiesbaden Innenstadt und Mainz-Hbf. unter Berücksichtigung der Mainzer Straße sind weiterzuentwickeln (vgl. Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2008).

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den städtischen Gremien den schriftlichen Sachstandsbericht sowie die beauftragten Gutachten zur Reaktivierung der Aartalbahn vorzulegen und einen Überblick zur weiteren Vorgehensweise zu geben,
2. das Projekt „Wallauer Spange“ weiter voranzutreiben und über die inzwischen mit allen Beteiligten geführten Verhandlungen hinsichtlich der Umsetzung der Finanzierung zu informieren,
3. planerische und organisatorische Vorarbeiten zu leisten sowie beim Land Hessen (als Auftragsverwalter für den Bund) vorstellig zu werden, um den Ausbau der A 66 zwischen dem Schiersteiner Kreuz und der Anschlussstelle Wiesbaden-Erbenheim zu forcieren. Dafür ist es nötig,
 - a. Planungsrecht zu schaffen,
 - b. eine Willensbekundung abzugeben, dass der Ausbau der A 66 am o.a. Teilabschnitt gewünscht ist,
 - c. sich beim Land Hessen dafür einzusetzen, dass im Bundesverkehrswegeplan die Nummer 134 (BVWP-Nr. HE 7508), Ausbau A 66 AK WI-Schierstein - AS WI-Erbenheim, Länge: 5,8 km von „weiterer Bedarf“ auf „vordringlichen Bedarf“ gesetzt wird,
 - d. alle Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten zu bitten, auf die jeweiligen Stellen einzuwirken, dass die unter c) genannte Aufstufung erfolgt und das Projekt auf allen politischen Ebenen vorangetrieben wird.

13. 09-F-01-0013

Geplantes Kohlekraftwerk Ingelheimer Aue / Beitritt zum Klageverein
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in vielen Beschlüssen eindeutig gegen das Kohlekraftwerk positioniert. Als Vertreterin der Bürgerinnen und Bürger hat sie ihre kritische Haltung dem Projekt gegenüber immer wieder dokumentiert (vgl. die Auflistung in der Vorbemerkung des Antrags 08-F-01-0032 der SPD-Fraktion vom 5.3.2008).

Inzwischen hat die SGD Süd einen Vorbescheid zur Erlaubnis der Errichtung des Kraftwerks ausgestellt, daraufhin haben Interessengruppen, politische Organisationen, Parteien, Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürger eine Klagegemeinschaft gegründet, die den Beschluss anfechten wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden tritt aufgrund ihrer großen Anzahl von kraftwerkskritischen Beschlüssen dem Klageverein gegen das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue bei und beteiligt sich ungeachtet einer möglichen eigenen Klage aufgrund der Stellungnahme im Genehmigungsverfahren mit einem symbolischen Beitrag von 512 Euro („5 vor 12“ beim Klimaschutz) an der Klagegemeinschaft.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden setzt damit ein weiteres Zeichen gegen den Bau des Kraftwerks und unterstützt damit aktiv die Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls versuchen, das Kraftwerk zu verhindern.

14. 09-F-01-0014

HSK als kommunales Krankenhaus erhalten
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2009 -

Geschäftsgrundlage des Landesbezirkstarifvertrages Nr. 14/2007 vom 25. April 2007 für die Beschäftigten der HSK ist der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Gewerkschaft ver.di, in der sich die Landeshauptstadt zum Erhalt der öffentlichen Trägerschaft über die Laufzeit des Tarifvertrages hinaus verpflichtet.

Der Stadtverordnetenversammlung hat am 14.2.2008 beschlossen (Beschluss-Nr.0056), den Magistrat (Dezernat III) zu ermächtigen, eine Vereinbarung mit der Gewerkschaft ver.di zu schließen, in der sich die Landeshauptstadt Wiesbaden zum Erhalt der öffentlichen Trägerschaft über die Laufzeit des Sanierungstarifvertrages (31.01.2012) hinaus verpflichtet.

Der Landesbezirkstarifverträge für die Ärztinnen und Ärzte (Nr. 13/2007) und für die Beschäftigten (Nr. 14/2007) sind nach § 7 von jeder Partei mit sofortiger Wirkung kündbar, wenn der Verpflichtung zur Einbringung eines Grundstückes zur Erhöhung des Eigenkapitals, nicht bis zum 01.01.2009 nachgekommen wird.

Deshalb möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Erhalt der Dr. Horst Schmidt Kliniken als kommunales Krankenhaus aus.
- Der Magistrat wird ferner gebeten zu berichten, welche Schritte bisher unternommen wurden, um die Vereinbarung mit der Gewerkschaft ver.di zu schließen?
 - wann mit einer solchen Vereinbarung zu rechnen ist?
 - warum das genannte Grundstück nicht fristgerecht eingebracht wurde?
 - welche Alternativen zur Einbringung eines Grundstückes der Magistrat sieht, die ebenfalls langfristig wertsteigernd wirken?

15. 09-F-06-0005

Schulmittelfonds ausweiten!

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 04.02.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zum kommenden Schuljahr werden nicht nur die Erst- und Fünftklässler/innen mit einer Zuwendung für Schulmittel bedacht, sondern die bedürftigen Schülerinnen und Schüler aller Klassen.

Die Zuwendung wird auf mindestens 50 Euro pro Schüler/in erhöht.
Entsprechende Mittel sind für den Haushalt 2010/2011 einzuplanen.

16. 09-F-06-0006

Sicherung des Denkmalschutzes im Verwaltungshandeln

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 03.02.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach vorgenommener Prüfung der Verwaltungsakten zum Thema 'Rheinwiesen in Mainz-Kastel / Anlage von Blumenbeeten' und Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung stellt die Stadtverordnetenversammlung fest:

Bei der Anlage von Bepflanzungen auf den Rheinwiesen in Mainz-Kastel durch die Verwaltung im Juni 2008 wurden die erforderliche denkmalschutzrechtliche Genehmigung erst nachträglich eingeholt und somit geltende denkmalschutzrechtliche Bestimmungen nicht beachtet..

Da es sich bei der Missachtung denkmalschutzrechtlicher Bestimmungen durch den Magistrat nicht um einen Einzelfall handelt, sondern dies alleine im zurückliegenden Jahr schon mehrfach geschah, sieht sich die Stadtverordnetenversammlung veranlasst, mit Nachdruck auf die Einhaltung der denkmalschutzrechtlichen Bestimmungen seitens des Magistrates zu drängen.

Gerade eine Stadt, die sich um die Anerkennung als Weltkulturerbe bemüht, hat mit besonderer Sorgfalt darauf zu achten, dass dem Denkmalschutz Rechnung getragen wird.

Die Stadtverordnetenversammlung regt die Einrichtung eines Denkmalschutzbeirates an.

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet in ihrer nächsten Sitzung einen Bericht des Magistrats über den Stand der Bearbeitung und einen Bericht, mit welchen besonderen Maßnahmen künftig die Einhaltung denkmalschutzrechtlicher Bestimmungen seitens der Verwaltung - auch bei Anlagen - sichergestellt wird.

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

Tagesordnung II

1. 08-F-01-0117

Stärkung des Ehrenamtes im Wiesbadener Sport
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.12.2008 -

ANLAGE

2. 08-F-04-0009

Humane Reduzierung der Taubenpopulation in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 01.12.2008 -

ANLAGE

3. 08-V-05-0007

DL 53/08-1

Beschaffung einer Hubarbeitsbühne für die Baumkolonne

4. 09-V-10-0003

DL 03/09-3

Zuschüsse für Stadtteilpartnerschaften

5. 08-V-20-0077

DL 01/09-2

Rückstellung für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit; Zuführung zum Stichtag 31.12.2008

6. 09-V-20-0005

DL 04/09-1, 06/09-4

Änderung des Gesellschaftsvertrages der FrankfurtRheinMain GmbH

7. 08-V-33-0009

DL 01/09-6

Neues DV-Verfahren für die KFZ-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde

8. 08-V-40-0039

DL 02/09-1

Bewertung der 122. Vergleichenden Prüfung " Gastschulbeiträge "

9. 08-V-40-0049

DL 53/08-3

Johannes-Maaß-Schule - Neubau; Grundsatzvorlage

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 10. | 08-V-41-0023 | DL 53/08-4 |
| | Sanierung Wartburg / Stand und Verlauf der Arbeiten | |
| 11. | 08-V-41-0029 | DL 01/09-7 |
| | Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2008 | |
| 12. | 09-V-41-0001 | DL 02/09-7 |
| | Durchführung und Finanzierung IMF 2009 | |
| 13. | 08-V-51-0064 | DL 01/09-8 |
| | Europaschule Dr. Obermayr, Bezuschussung der neuen Kita " Kleiner Bahnhof " sowie Erweiterung der Kita "Rosengärtchen " | |
| 14. | 08-V-51-0075 | DL 01/09-9 |
| | Krippenoffensive/Zweite Krippengruppe in der Kita St. Mauritius-/Thomasgemeinde e. V. | |
| 15. | 08-V-51-0076 | DL 53/08-6 |
| | Investitionszuschuss an die Johanniter Unfallhilfe zum Einrichten einer Küche | |
| 16. | 08-V-51-0080 | DL 01/09-10 |
| | Bezuschussung einer neuen Kita in Trägerschaft des Vereins Mini Amigos e. V. | |
| 17. | 08-V-64-0005 | DL 53/08-8 |
| | Erstellen von Energieausweisen für Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden | |
| 18. | 08-V-66-0243 | DL 01/09-12 |
| | Dreierherrenstein in Wiesbaden-Auringen; Grundinstandsetzung | |
| 19. | 08-V-66-0245 | DL 01/09-13 |
| | Fußgängersicherung, Albrecht-Dürer-Straße, Wiesbaden-Nordost | |

ANLAGE

20. **08-V-66-0246** **DL 02/09-2**
Fußgängersicherung Klarenthaler Straße, Wiesbaden-Rheingauviertel/Hollerborn
21. **08-V-66-0248** **DL 53/08-9**
Flandernstraße, Am Birnbaum u. a., Wiesbaden-Sonnenberg; Einbeziehung in die Tempo-30-Zonenregelung
22. **08-V-66-0254** **DL 01/09-14**
Storchenallee/Wasserrolle - Ergänzung der Tempo-30-Zone
23. **08-V-66-0260** **DL 53/08-11**
Willy-Brandt-Allee; Überwachungsanlage
24. **08-V-66-0325** **DL 53/08-12**
Verkehrssicherung an Fahrbahn- und Gehwegflächen
25. **09-V-80-8020** **DL 03/09-7**
Verlängerung der Projektlaufzeit "Jobnavi - Was willst du werden?"

Tagesordnung III

1. **08-V-10-0030** **DL 01/09-1**
35. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 12. Mai - 14. Mai 2009 in Bochum - Entsendung von Delegierten -
ANLAGE
2. **09-V-10-0004** **DL 03/09-4**
Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden im Deutsch-Amerikanischen Ausschuss
- Änderung in der Besetzung -
ANLAGE

3. **09-V-10-0005** **DL 06/09-3**
Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Gremien
ANLAGE
4. **09-V-07-0001** **DL 03/09-2**
Gründung einer Gesellschaft zum Bau und Betrieb eines Biomassekraftwerkes
5. **08-V-20-0059** **DL 53/08-2**
Finanzierung der Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2008
6. **08-V-20-0075** **DL 06/09-1**
Einführung eines Bürgerhaushaltes
ANLAGE
7. **09-V-20-0009** **DL 03/09-5, 06/09-5**
Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2007
8. **08-V-30-0009** **DL 01/09-3**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk IV Wiesbaden-Frauenstein
9. **08-V-30-0010** **DL 01/09-4**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I
10. **08-V-33-0007** **DL 01/09-5**
Projekt MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden
ANLAGE
11. **08-V-51-0067** **DL 53/08-5**
Beschäftigungsprogramm gemäß § 16 a SGB II bei der Katholischen Kirchengemeinde St. Bonifatius, Wiesbaden

12. **08-V-51-0082** **DL 01/09-11**
Umbaumaßnahmen in der Gaststätte des Georg-Buch-Hauses
13. **09-V-52-0001** **DL 02/09-8**
Neubau eines Kunstrasen-Sportplatzes in Medenbach
14. **08-V-61-0047** **DL 53/08-7**
Veränderungssperre "Hafenweg" im Ortsbezirk Schierstein - Satzungsbeschluss -
15. **09-V-61-0001** **DL 02/09-9**
Bebauungsplan "Steinern Straße" - 5. Änderung - Bereich "Südlich der Waldhofstraße" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim - Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes -
16. **08-V-66-0251** **DL 53/08-10**
Öffentliche Straßenbeleuchtung - Austausch von Leuchten gegen energiesparende Natriumdampf-Hochdruckleuchten
17. **08-V-66-0261** **DL 02/09-3**
Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in den Ortsbezirken Auringen, Breckenheim, Frauenstein, Kloppenheim, Naurod, Rambach und Sonnenberg
18. **08-V-66-0326** **DL 02/09-4**
Theodor-Heuss-Brücke in Mainz-Kastel
19. **08-V-67-0012** **DL 01/09-15**
Benennung der Sachpreisrichter für den Realisierungswettbewerb künstlerisch gestalteter Kinderspielplatz am Schulberg
- ANLAGE**
20. **08-V-80-8018** **DL 01/09-16**
Verlängerung Beschäftigungsprogramm " Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen "

21. 08-V-86-0002

DL 02/09-5

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Eigenbetrieb mattiaqua der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2008

Zum nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Kultur statt:

22. 08-V-40-0047

DL 05/09-1, 06/09-2

Rudolf-Dietz-Schule - Grundsatzvorlage - Aufstellung von Containern; Genehmigung des Raumprogrammes; Freigabe von Planungsmitteln

Tagesordnung IV

1. 09-V-03-0001

DL 03/09-1 NÖ

IuK-Ausstattung des Justiz-und Verwaltungszentrums

2. 08-V-20-0072

DL 53/08-1 NÖ

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2008

3. 08-V-20-0074

DL 53/08-2 NÖ

Kredit

4. 09-V-20-0001

DL 03/09-2 NÖ

Anlagen- und Darlehensübergang

5. 09-V-20-0008

DL 03/09-3 NÖ

Beteiligungen an einer kommunalen Gesellschaft

6. 08-V-36-0028

DL 01/09-1 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 30.10.2008

- | | | |
|-----|---|----------------------|
| 7. | 08-V-36-0029 | DL 02/09-1 NÖ |
| | Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 27.11.2008 | |
| 8. | 08-V-66-0103 | DL 01/09-2 NÖ |
| | Amerikanische Wohnsiedlung Hainerberg | |
| 9. | 08-V-80-2323 | DL 01/09-3 NÖ |
| | Abwicklung Hafenvertrag | |
| 10. | 09-V-80-2301 | DL 02/09-2 NÖ |
| | Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen | |
| 11. | 09-V-80-2303 | DL 03/09-4 NÖ |
| | Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen | |

HINWEISE:

Die Wahlen zu Punkt 11 der Tagesordnung I sind um ca. 18.30 Uhr vorgesehen.

Im Anschluss daran findet in der Pause (ca. 19.00 Uhr bis 20.00 Uhr) der Empfang des Landtagspräsidenten statt.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin